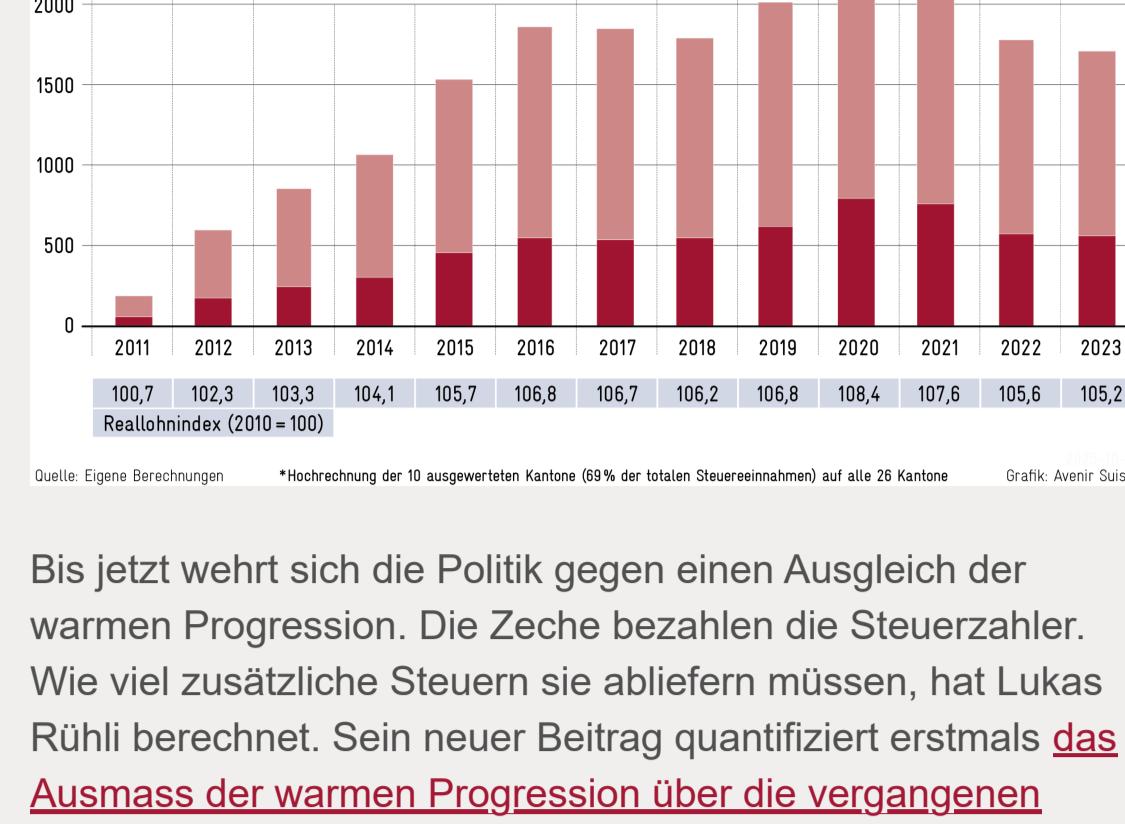


Warme Progression

Was uns der Designfehler im Steuersystem gekostet hat

Warme Progression gegenüber 2010 beim Bund und in den Kantonen



Quelle: Eigene Berechnungen *Berechnung der 10 ausgewählten Kantone (69% der totalen Steuereinnahmen) auf alle 26 Kantone Grafik: Avenir Suisse

Bis jetzt wehrt sich die Politik gegen einen Ausgleich der warmen Progression. Die Zeche bezahlen die Steuerzahler. Wie viel zusätzliche Steuern sie ablefern müssen, hat Lukas Rühl berechnet. Sein neuer Beitrag quantifiziert erstmals [das Ausmaß der warmen Progression über die vergangenen Jahre](#). Besonders stark trifft es den Mittelstand, wie die neuen Zahlen zeigen.

Faktencheck

Ausgleich der warmen Progression: Warum die Gegner mit ihren Argumenten ins Leere laufen

Seit längerem weist Avenir Suisse [auf das Problem der warmen Progression hin](#). Das führte zu zahlreichen parlamentarischen Vorstößen, die einen Ausgleich der warmen Progression fordern. Sie haben in der politischen Debatte aber oft einen schweren Stand, jüngst etwa in der Kommission des Nationalrates. In seinem [Faktencheck](#) nimmt Lukas Rühl die zentralen Argumente der Debatte unter die Lupe.

Die Zahl



So viel Steuern mussten die Schweizer Haushalte von 2011 bis 2023 zusätzlich an Bund, Kantone und Gemeinden abtreten, weil es keinen Ausgleich der warmen Progression gibt. Der Betrag resultiert aus dem gesamtgesellschaftlichen Reallohnwachstum seit 2010, auf das nie mit einer Anpassung der Steuertarifgrenzen reagiert wurde. (LUR)

Podcast «Eco on the Rocks»

Langlebigkeit: Chance für die Wirtschaft – Risiko für Altersvorsorge und Demokratie?



verlieren. In der neuen Podcast-Folge von «Eco on the Rocks» diskutieren Veronica Weisser (UBS), Peter A. Fischer (NZZ) und Michael Grampp (Deloitte) über die Chancen und Risiken einer alternenden Gesellschaft. [Jetzt reinhören.](#)

Presseschau

Avenir Suisse in den Medien

Warme Progression: Lukas Rühl's neue Beiträge [20 Milliarden Franken](#) Spielraum für den Staat und [Faktencheck](#) zum Ausgleich der warmen Progression lösten zahlreiche Medienberichte aus. Der

[«Blick»](#) berichtete auf der Front:



Kantone in Zukunft die warme Progression ausgleichen. Das wäre technisch denkbar unkompliziert, so Rühl, denn schon heute werde ja die kalte Progression ausgeglichen. In einem separaten Video für Social Media fasste der [«Blick»](#) die wichtigsten Argumente nochmals zusammen.

Auch [«20 Minuten»](#) berichtete prominent über das von Avenir Suisse lancierte Thema. Viele bürgerliche Politiker würden den Vorschlag von Avenir Suisse zum Ausgleich der warmen Progression unterstützen, schreibt das Online-Medium. Im Dezember komme es zum «Showdown»: Dann entscheidet der Nationalrat über die Vorlage.

[«24 heures»](#) und [«Tribune de Genève»](#) widmeten dem Vorschlag von Avenir Suisse ebenfalls einen ausführlichen Artikel. Rühl wird unter anderem damit zitiert, dass der Ausgleich technisch einfach möglich wäre: Der Bund müsste künftig einfach den Nominallohnindex anstelle des Konsumentenpreisindex zur Anpassung der Steuertarife verwenden.

Weitere Medienberichte gab es unter anderem beim Nachrichtenportal [«Nau»](#). Zudem berichteten diverse Radiostationen, darunter [«Zürisee»](#), [«Radio 24»](#), [«Energy»](#), [«Argovia»](#), [«Grischa»](#), [«Rottu Oberwallis»](#), [«Radio 1»](#) und [«Basilisk»](#). In der Romandie sendeten die Radios [«Lausanne FM»](#), [«RJB»](#) und [«RTN»](#) Beiträge und in der italienischsprachigen Schweiz [«RSI Rete Uno»](#).

Erbschaftssteuern: In einem Radiobeitrag von [«RSI Rete Uno»](#) erläutert Michele Salvi, dass die Schweiz als eines der wenigen Länder weltweit jedes Jahr eine Vermögenssteuer erhebt. Über Jahrzehnte summieren sich diese Abgaben auf einen erheblichen Teil des Vermögens – und sie wirken stark progressiv: Je nach Kanton tragen die reichsten 5% bis zu 90% der gesamten Vermögenssteuer. Steigt die Abgablast für Vermögende weiter, wächst laut Salvi das Risiko, dass sie das Land verlassen und die Steuereinnahmen entsprechend sinken.

Post: Christoph Eisenring plädierte kürzlich in einer [Analyse](#) dafür, die Post müsse sich von der Postfinance trennen. Die [«Finanz und Wirtschaft»](#) nahm diesen Vorschlag in einem Kommentar auf. Diese Option stehe wieder im Raum, weil die Staatsbank zunehmend lächelt. «Die Chancen für eine Privatisierung der Postfinance stehen besser als auch schon. Ihr Geschäftsmodell kann auf die Dauer nicht aufgehen», wird Eisenring zitiert.

Auch die [«Neue Zürcher Zeitung»](#) hat das Thema nochmals aufgenommen und schreibt, dass die digitale Expansion der Post für Kritik in Politik und Wirtschaft sorge. Laut Christoph Eisenring sei ein staatliches Engagement nur in zwei Fällen angezeigt: Wenn der Markt versage oder eine flächendeckende Versorgung zu exorbitanten Kosten für ländliche Gebiete führe. Beides sei bei digitalen Diensten nicht der Fall, so Eisenring.

Newsletter weitergeleitet? Wenn diese E-Mail an Sie weitergeleitet wurde, [melden Sie sich für den Avenir-Suisse-Newsletter an](#), um über unsere neuesten Arbeiten auf dem Laufenden zu bleiben.

Wer wir sind? [Avenir Suisse](#) erarbeitet als unabhängiger Think-Tank marktwirtschaftliche, liberale und wissenschaftlich fundierte Ideen für die Zukunft der Schweiz.

Unsere aktuellen Publikationen

[Ab die Post!](#)

[Antworten auf den Zollkonflikt](#)

[Nachhaltig mehr Bürokratie](#)

[Newsletter verpasst?](#)

Sie finden alle früheren Ausgaben in unserem [Newsletter-Archiv](#).

[Über uns](#) [Datenschutzerklärung](#) [Warum Sie diesen Newsletter bekommen](#)

Damit dieser Newsletter nicht in Ihrem Spamordner landet, fügen Sie [media@avenir-suisse.ch](#) Ihrem Adressbuch hinzu.

[Abonnement verwalten](#)